

Angaben zur Stellungnahme

Thematik:

Änderung Planungs- und Baugesetz (PBG) 2022

Teilnehmerangaben:

FDP. Die Liberalen Luzern

FDP. Die Liberalen Luzern

Waldstätterstrasse 5

6003 Luzern

Kontaktangaben:

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Bahnhofstrasse 15

6002 Luzern

E-Mail-Adresse: buwd@lu.ch

Telefon: 041 228 51 55

Teilnehmeridentifikation:

95204

Bereich	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung
IHRE STELLUNGNAHME Allgemeine Würdigung	Allgemeine Würdigung der Vernehmlassungsvorlage	Erfasst von: Serena Büchler Die FDP. Die Liberalen dankt für die Gelegenheit, zur Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Grundsätzlich unterstützt die FDP das Vorgehen mit der Zweiteilung in Anpassung des Richtplanes in einem ersten Schritt und den Anpassungen des Energiegesetzes und des Bau- und Planungsgesetzes in einem zweiten Schritt. Wir befürworten, dass schrittweise einzelne Teile des Klimaberichtes umgesetzt werden und nicht auf eine gesamte Gesetzesrevision gewartet wird. So kann schneller auf Bedürfnisse der Bevölkerung oder technischer Natur reagiert werden. Die Vereinfachung der Verfahren begrüßen wir ausdrücklich.	
IHRE STELLUNGNAHME Beschleunigung Ausbau erneuerbare Energien	Kapitel 2.1 Beschleunigung Ausbau erneuerbare Energien	Erfasst von: Serena Büchler Die Zusammenfassung der bisherigen verschiedenen Verfahren unterstützt die FDP. Die Einführung eines Plangenehmigungsverfahrens durch den Kanton und damit die Beurteilung aller relevanten Fragen in einem aus einer Hand sieht die FDP positiv. Wir erwarten, dass die geplanten zeitlichen Verkürzungen der Verfahren eintreten. Die FDP vermisst aber im Gesetz eine Anhörung der Gemeinden. In den Erklärungen der Botschaft ist zwar erwähnt, dass die Gemeinden einbezogen werden sollen, aber in den gesetzlichen Formulierungen in § 33 fehlen sie. Die FDP schlägt daher vor, die Gemeinden vor der Auflage anzuhören. Der Kanton soll die Anliegen der Gemeinden würdigen. Um das Verpuffen des Beschleunigungseffekts zu verhindern, soll jedoch kein Mitwirkungsverfahren der Gemeinden eingeführt werden. Weiter soll damit erreicht werden, dass die beiden Staatsebenen ihre Anliegen vor der Auflage ausdiskutiert haben.	
IHRE STELLUNGNAHME Vorgaben zur Elektrifizierung von Parkplätzen in Gebäuden	Kapitel 2.2 Vorgaben zur Elektrifizierung von Parkplätzen in Gebäuden	Erfasst von: Serena Büchler Die FDP hat bereits mit Vorstössen im Kantonsrat (Thomas Meier) gefordert, dass der Kanton Richtlinien erarbeitet, damit die Parkplätze in Mehrfamilienhäusern mit Ladeeinrichtungen von Elektrofahrzeugen ausgerüstet werden. Daher unterstützt die FDP die vorgeschlagenen Vorgaben. Die Vorgaben können bewirken, dass die elektrischen Anlagen erneuert werden und zum besseren Schutz vor teils befürchteten Bränden führen können.	
IHRE STELLUNGNAHME Klimaangepasstes Bauen	§ 36 Bau- und Zonenreglement	Erfasst von: Serena Büchler Die FDP unterstützt das Anliegen von § 36, Absatz 9. In Zukunft werden Hitzeperioden häufiger und länger. Diese sind in dicht überbauten Gebieten stärker spürbar. Dass die Gemeinden bei der Umgebungsgestaltung Rahmenbedingungen für die Verminderung der lokalen Hitzebelastung fordern können, kann die FDP unterstützen. Es soll aber geprüft werden, ob der § 36, Absatz 9 benötigt wird.	Die Stadt Luzern hat die Bestimmung des § 36, Absatz 9, bereits umgesetzt. Wenn diese Gemeinde dies bereits mit der heutigen Gesetzgebung einführen kann, erscheint die Erforderlichkeit der neuen Norm fraglich.

Bereich	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung
IHRE STELLUNGNAHME Klimaangepasstes Bauen	§ 36 Bau- und Zonenreglement	Erfasst von: Serena Büchler Die FDP unterstützt § 36, Absatz 21 und damit klimaangepasstes Bauen. Allerdings rufen wir auf, die Unterbauungsziffer mit Mass einzusetzen. Weiter ist nicht einzusehen, dass eine Versiegelung verlangt wird, nachdem über die Wasser- und Abwasserregelungen dieses Thema bereits eingeführt ist.	In der heutigen Zeit wird im urbanen Raum immer mehr unter dem Boden gebaut, um Raum für Bäume und Bewachsungen zu gewinnen. Aber der Raum unter dem Boden wird knapp. Es ist zu befürchten, dass Installationen wieder auf dem Dach platziert werden sollen, wo sie in Konkurrenz mit z.B. Solaranlagen oder Begrünungen stehen. Es sind deshalb auch andere Konzepte für die Begrünung zu prüfen, z.B. weniger hohe Bäume, Flachwurzler, Aufschüttungen, damit genügend Wurzelraum geschaffen wird. Die FDP ist für Vorschriften gegen die Versiegelung. Die Notwendigkeit einer zusätzlichen Regelung ist jedoch fraglich, da bereits gesetzlichen Grundlagen bestehen.
IHRE STELLUNGNAHME Auswirkungen der Gesetzesänderungen		Keine Antwort	Keine Antwort